

Stadt Bochum 67 32 44777 Bochum

Bochumer Besitzgesellschaft mbH

Viktoriastraße 10

44787 Bochum

Umwelt- und Grünflächenamt
Untere Bodenschutzbehörde
Hans-Böckler-Straße 19
44 777 Bochum

Herr Herkendell
Technisches Rathaus
Zimmer 3.1.390
Tel 0234 910-2311
Fax 0234 910-1438
Altlastenauskunft@bochum.de
<http://www.bochum.de/>

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens
22.05.2025

Mein Zeichen (Bei Antwort
bitte angeben)
67 32 (2311) Her

22.05.2025

Auskunft aus dem Altlastenkataster

Hiltroper Straße 240 (Bebauungsplan Nr. 1046)

Guten Tag,

der Geltungsbereich des Bebauungsplans liegt in Bochum-Grumme nördlich und südlich der Hiltroper Straße. Der nördliche Bereich umfasst Flächen zwischen der Hiltroper Straße und der Bundesautobahn A43. Der südliche Bereich umfasst die bestehenden Trainingsflächen des VfL-Talentwerks südlich der Hiltroper Straße und westlich der Straße „Weg am Kötterberg“. Er hat eine Größe von ca. 8 ha.

Das Plangebiet wird aus altlastentechnischen Gesichtspunkten in zwei Teilbereiche untergliedert.

Der Teilbereich südlich der Hiltroper Straße liegt im Bereich einer im städtischen Altlastenkataster gemäß § 11 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) in Verbindung mit § 8 Landesbodenschutzgesetz (LBodSchG) geführten Fläche. Es handelt sich hierbei um das Gelände der ehemaligen Zeche & Kokerei Constantin 6/7, die unter der Nummer 1/3.05 im Altlastenkataster geführt wird. Die Fläche wurde Ende der 1980er Jahre dem Stand der damaligen Technik entsprechend durch Bodenandeckung gesichert.

Im Teilbereich Süd müssen Erdarbeiten müssen aus umwelttechnischen Gesichtspunkten durch einen Fachgutachter der Fachrichtungen Bodenschutz und/oder Altlastenerkundung bzw. -sanierung überwacht und begutachtet werden.

Für das südliche Plangebiet liegen zahlreiche Altgutachten vor.

Der Teilbereich nördlich der Hiltroper Straße grenzt an die im städtischen Altlastenkataster gemäß § 11 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) in Verbindung mit § 8 Landesbodenschutzgesetz (LBodSchG) geführten Fläche der ehemaligen Zeche & Kokerei Constantin 6/7, die unter der Nummer 1/3.05 im Altlastenkataster geführt wird.

Sollten bei Erdarbeiten Bodenauffälligkeiten, z.B. hinsichtlich Geruch, Farbe, Zusammensetzung, Konsistenz angetroffen werden, so ist umgehend das Umwelt- und Grünflächenamt – Untere Bodenschutzbehörde – zu informieren, damit ggf. weiterführende Maßnahmen hinsichtlich umwelttechnischer Belange abgestimmt und ausgeführt werden können.

Bodenmaterial, welches auf oder in den Boden (durchwurzelbare Bodenschichten) und/oder unterhalb oder außerhalb des Bodens (außerhalb durchwurzelbarer Bodenschichten) eingebaut werden soll, unterliegt den Vorgaben gemäß §§ 6 – 8 der novellierten Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung. Ein Einbau ist grundsätzlich zulässig, wenn das einzubauende Bodenmaterial die Vorsorgewerte der BBodSchV n.F. (Tabellen 1 und 2 der Anlage 1) einhält oder in die Klasse BM-0 bzw. BG-0 der ErsatzbaustoffV nachweislich eingestuft ist.

Es ist zu beachten, dass seit dem 01.08.2023 die Mantelverordnung mit der neuen Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung in Kraft getreten ist. Somit gelten ab diesem Stichtag neue, z.T. strengere und zusätzliche Prüf- und Maßnahmenwerte, die in neuen fachgutachterlichen Beurteilungen berücksichtigt werden müssen. Außerdem sind die neuen Verfahren und Vorgaben der Ersatzbaustoffverordnung hinsichtlich einer möglichen Verwertung der Aushubmaterialien zu berücksichtigen.

Hinweis zu Methanausgasungen aus dem Steinkohlebergbau:

Das Plangebiet liegt in einem durch Bergbau beeinflussten Gebiet. Aufgrund möglicherweise auftretender Gaszuströmungen können im gesamten Stadtgebiet bei Neubauvorhaben und bei Tiefbaumaßnahmen Vorsorgemaßnahmen erforderlich werden, die durch einen Sachverständigen zu konzipieren sind.

Im Teilbereich Süd liegen ehemalige Bergbauschächte (Constantin Schächte 6 und 7) unmittelbar westlich der geplanten Traglufthalle. Grundsätzlich muss im Bereich der Tagesöffnungen aller verlassenen Schächte des Steinkohlenbergbaus mit Methan (CH₄)-Zuströmungen gerechnet werden. In Abstimmung mit der Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung für Bergbau und Energie, werden aufgrund der meist diffus auftretenden Gaszuströmungen bei Neubauvorhaben und bei Tiefbaumaßnahmen Vorsorgemaßnahmen erforderlich, die durch einen Sachverständigen zu konzipieren sind.

Da es zur bautechnischen Beherrschung von Methanaustritten bislang keine technischen Normen oder einheitliche Ausführungsrichtlinien gibt, bieten das für die Ausführung von Gasflächen-drainagen entwickelte "Handbuch Methangas" der Stadt Dortmund und das "Handbuch zur bautechnischen Beherrschung von Methanaustritten mittels Geotextilien" der "TH Georg Agricola" in Bochum technische Lösungen an. Hinsichtlich der Ausgasungs- und Standsicherheitssituation des Schachtes sowie bezüglich des für den Schacht verantwortlichen Bergwerkeigentümers, mit dem die baulichen Maßnahmen abzustimmen sind, sollte in jedem Fall mit der Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung für Bergbau und Energie, Goebenstraße 25 in 44 135 Dortmund, Kontakt aufgenommen werden.

Weitere Hinweise:

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass Sie nach § 2 des Landesbodenschutzgesetzes verpflichtet sind, Bodenauffälligkeiten unverzüglich der Unteren Bodenschutzbehörde mitzuteilen. Werden Bodenauffälligkeiten nicht gemeldet, handelt es sich dabei nach dem Landesbodenschutzgesetz um eine Ordnungswidrigkeit, die einen Bußgeldbescheid zur Folge haben kann.

Kontaminierte Aushubmaterialien sind nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz zu entsorgen. Hinweise zur Entsorgung erhalten Sie beim Umweltservice Bochum unter der Telefonnummer 0234/3336 0.

Bodenmaterial und sonstige mineralische Ersatzbaustoffe, die in technische Bauwerke eingebaut werden sollen, unterliegen den Anforderungen der Ersatzbaustoffverordnung. Untersuchungspflichten bestehen sowohl für Ersatzbaustoffe aus Aufbereitungsanlagen als auch für nicht aufbereitetes Bodenmaterial, welches für eine Folgebebauung verwendet werden soll. Eine Einstufung in Materialklassen ist erforderlich, aus der sich die zulässige Einbauweise in ein technisches Bauwerk ergibt. Bevor Bodenmaterial und sonstige Ersatzbaustoffe verwendet werden dürfen, sind die Standortbedingungen am Einbauort (z.B. Grundwasserstand, Bodenart und Mächtigkeit der Grundwasserdeckschichten) zu ermitteln. Erst wenn alle Vorgaben der ErsatzbaustoffV erfüllt sind, darf zulässiges Material in ein technisches Bauwerk eingebaut werden. Für höher belastetes Material, das in ein technisches Bauwerk eingebaut werden soll,

besteht zudem eine Anzeigepflicht bei der zuständigen Behörde. Grundsätzlich ist die technische Notwendigkeit für die Verwendung zu belegen.

Die Abgrenzung zum Bodenschutzrecht ist zwingend einzuhalten. So unterliegt z.B. Einbaumaterial in Schichtdicken außerhalb zulässiger Mächtigkeit und außerhalb eines bautechnischen Zweckes den Regelungen der BBodSchV n.F. (bodenähnliche Anwendungen, Herstellung von Gärten, Grünflächen, Rekultivierung etc.). Einbau und Verbleib der Materialien ist zu dokumentieren.

Für die Dokumentation des Materialeinbaus kann der Vordruck nach Anlage 8 der ErsatzbaustoffV verwendet werden. Die Dokumente sind bis zum Wiederausbau des Ersatzbaustoffes langfristig aufzubewahren.

Bei einem Grundstücksverkauf sind die Dokumente an den neuen Eigentümer zu übergeben. Auf Verlangen sind die Dokumente auch der zuständigen Behörde vorzulegen. Wurden anzeigepflichtige Ersatzbaustoffe verwendet, wird auf die erforderlichen Abschluss- und Rückbauanzeigen hingewiesen.

Verstöße bei der Verwendung/Einbau nicht zulässiger Materialien, fehlenden Untersuchungen und Dokumentationen sowie Verstöße gegen erforderliche Anzeige- und Mitteilungspflichten können eine Ordnungswidrigkeit gemäß § 26 BBodSchV n.F. und § 20 Landesbodenschutzgesetzes NRW darstellen und einen Bußgeldbescheid zur Folge haben. Bitte beachten Sie daher unbedingt Ihre Untersuchungs-, Dokumentations-, Anzeige- und Mitteilungspflichten.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Claus Herkendell

Anlage: Beiblatt Datenschutzverordnung